

AfA – Reinickendorf

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Berliner Senat wird aufgefordert bis zum Ende des 1. Halbjahres 2015 die Jugendberufsagentur (JBA) in Berlin handlungsfähig einzusetzen.

Die arbeitsmarkt- und jugendpolitisch bereitgestellten Fördermittel der Bundesregierung sowie der Europäischen Union sind rechtzeitig und umfassend zu beantragen und den (bezirklichen) Standorten zukommen zu lassen.

Begründung:

Der Anteil an arbeitslosen Jugendlichen ist in Berlin schon seit Jahren höher als in allen anderen Bundesländern – aktuell mit 12% doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. 17.000 junge BerlinerInnen bis zum Alter von 25 Jahren sind arbeitslos!

Die (bezirklichen) Standorte der JBA Berlin sollen für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Übergang von der Schule bis zu einem erfolgreichen Berufsabschluss oder Studium zukünftig den Vorteil einer einzigen Anlaufstelle bieten. Dort erhalten sie ein ganzheitlich orientiertes, abgestimmtes und umfassendes Informations-, Beratungs-, Förder- und/oder Begleitangebot aller verantwortlichen Akteure.

Müsse man, wie bislang, die Jugendlichen für bestimmte Fragen zur nächsten Einrichtung schicken, kommen diese dort unter Umständen nie an bzw. haben bis dahin "vergessen" was sie überhaupt fragen wollten. So wenden sich hilfesuschende Jugendliche und junge Erwachsene in vielen Fällen an Stellen, die ihnen keine oder nur unzureichende Hilfen gewähren. Nicht selten gehen diese Jugendlichen dann verloren!

Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen und ihnen damit die aktive Teilnahme am Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu ermöglichen, muss gerade im Kontext des demografischen Wandels und des Fachkräftebedarfs ein prioritäres Ziel sein, damit wichtige sozial- und arbeitsmarktpolitische Leitideen der SPD realisiert werden können. Die Wege in die Arbeitswelt müssen dabei so gestaltet

werden, dass sich allen BerlinerInnen gute Zukunftsperspektiven eröffnen.

Allen politischen Akteuren der Berliner SPD ist seit mindestens 2001 – mit Beginn der Regierungsverantwortung des RBM Wowereit – bewusst gewesen, dass durch den demografischen Wandel, der Mangel einer verantwortungsvollen Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft & des öffentlichen Dienstes sowie durch Einwohnerzuwachs und "Tourismus-Booms" Berlins, der Fach- und Führungskräftemangel nicht ausreichend behoben wurde.